

05.08.2010

# Süddeutsche Zeitung

Druckausgabe

## Die Brücke ins regenerative Zeitalter ist längst errichtet

**Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke blockieren die ökologische Energiewende und damit auch den Klimaschutz**

Von Gero Lücking

Immer dann, wenn die etablierte Energiewirtschaft auftritt, will sie in erster Linie eines: langfristige Planungssicherheit für ihre gewinnträchtigen Großkraftwerke. Auch heute, im Zeitalter der ökologischen Energiewende mit Windrädern, Solarpanels und Keller-Kraftwerken, halten die Energieriesen an ihrer Linie fest. Die Strategie der Monopoljahre soll fortgesetzt werden. Doch die Konzepte des 20. Jahrhunderts passen nicht mehr zur Energiewelt des 21. Jahrhunderts.

Wettbewerb wurde erst vor etwa zehn Jahren eingeführt. Doch bei der Stromerzeugung gibt es auch heute noch keinen Wettbewerb. Noch immer kontrollieren die vier marktbeherrschenden Unternehmen 85 Prozent der Erzeugung. Mit dem Atomausstiegsgesetz hat die gesamte Stromwirtschaft Planungssicherheit bekommen - und auch eine Option für mehr Wettbewerb in der Energieerzeugung. Das Gesetz regelt, welche Reststrommengen jedes deutsche Kernkraftwerk noch produzieren darf und wann es alters- und sicherheitsbedingt vom Netz gehen muss.

Mit der Diskussion über die Laufzeitverlängerung ist diese Planungssicherheit dahin. Betroffen sind vor allem neue Wettbewerber, viele Kraftwerksprojekte liegen auf Eis. Die gesamte Branche ist seit dem Regierungswechsel zutiefst verunsichert. Wird die Verlängerung moderat ausfallen, und bedeutet moderat vier, acht oder zwölf Jahre? Oder werden es doch 15, 20 oder 25 Jahre sein? Oder unbefristet? Alles unklar, alles offen.

Nur eines ist klar: der Bundesrat wird, weil die politischen Mehrheiten fehlen, nicht einbezogen. Da mehr Atom-Betriebsjahre unmittelbar die Länder betreffen und somit zustimmungspflichtig sind, wird das Bundesverfassungsgericht angerufen. Das haben SPD und Grüne bereits angekündigt. Bis zu einer Entscheidung wird viel Zeit ins Land ziehen.

Hinzu kommen politische Risiken. Einerseits gibt es die Proteste der Bevölkerung. Sie hat mit ihrer Menschenkette von Brunsbüttel nach Krümmel im Frühjahr eindrucksvoll bewiesen, wie sie zu der Frage steht. Und andererseits künftige Landtags- und Bundestagswahlen mit wechselnden politischen Mehrheiten und möglicherweise neuen Laufzeitentscheidungen. Planungssicherheit sieht anders aus.

Politik und Stromwirtschaft beklagen mangelnde Akzeptanz bei praktisch allen energiewirtschaftlichen Vorhaben: egal ob es um den dringend notwendigen Ausbau der Stromnetze, neue Speicherkraftwerke, Kraftwerksprojekte oder den Bau von Kohlendioxid-Speichern geht. Wen wundert das? Denn nicht nur die Laufzeit, sondern auch der mühsam befriedete gesellschaftliche Atomkonflikt wird ohne Not verlängert. Das Geschenk zusätzlicher Laufzeiten hat die schwarz-gelbe Koalition den Konzernen zugesagt: bevor überhaupt von einem Energiekonzept die Rede war. Fragen wie die der Endlagerung und der Reaktorsicherheit bleiben ungeklärt. Akzeptanz wird so nicht geschaffen.

Die vielbeschworene Brücke ins Zeitalter der erneuerbaren Energien ist längst errichtet. Sie reicht laut Atomgesetz bis ins Jahr 2022. Dann kann und muss das letzte Kernkraftwerk vom Netz. Das Ziel der Laufzeitverlängerung ist womöglich nicht die Brücke in das regenerative, sondern in ein neues atomares Zeitalter. So hat sich der CDU-Wirtschaftsflügel vor sechs Wochen für neue Meiler in Deutschland ausgesprochen, Eon-Chef Teysen hat bei seiner Antrittsrede auf der Konzern-

Hauptversammlung im Mai angekündigt, man wolle sich alle Erzeugungsoptionen offenhalten. In Finnland, Frankreich und Großbritannien bauen Eon und RWE neue Atomkraftwerke. Warum nicht auch in Deutschland? Öffentlich darf nicht darüber geredet werden. Ob es so kommen wird, bleibt offen. Aber einen Versuch ist es wert, deshalb die Laufzeitverlängerung. Das Risiko ist gering. Geld verdient man mit der Laufzeitverlängerung ohnehin.

Die Politik muss sich entscheiden. Entweder Atomkraft oder mehr erneuerbare Energien. Beides zugleich ist nicht möglich. Laufen die Atommeiler länger, wird sich der Ausbau der Regenerativen verlangsamen. Die großen Konzerne haben kein Interesse daran, möglichst schnell Windparks in der deutschen Nordsee zu errichten, wenn sie ihre Kernkraftwerke länger betreiben können. Diese Windparks sind vor allem interessant, um die schlechte Klimabilanz, die die Kohlekraftwerke den Konzernen beschern, zu verbessern und damit die Kostenrisiken des Emissionshandels zu senken. Diese betriebswirtschaftliche Rechnung geht atomar oder regenerativ auf.

Alte und neue Energien passen technisch und ökonomisch nicht zusammen. Atom- und Kohlekraftwerke rechnen sich aufgrund hoher Investitions- und vergleichsweise geringer Brennstoffkosten nur, wenn sie möglichst rund um die Uhr laufen. Mit dem Boom der erneuerbaren Energien und ihrem gesetzlich garantierten Vorrang bei der Einspeisung brechen den konventionellen Kraftwerken jedoch immer mehr Betriebsstunden weg - sie werden unwirtschaftlich. Zudem stoßen konventionelle Großkraftwerke auch technisch an Grenzen. Schon in Kürze werden Wind und Sonne Deutschland immer öfter zu 100 Prozent mit Strom versorgen. Atom- und Kohlekraftwerke müssten dann zeitweise komplett abgeschaltet werden. Gaskraftwerke sind mit 20 Minuten Anlaufzeit noch vergleichsweise schnell, Kohlekraftwerke brauchen schon rund fünf Stunden und Atommeiler sogar über zwei Tage, um nach einer Abschaltung wieder anzufahren. Atom- und Kohlekraftwerke sind zu unflexibel, um kurzfristig auf starke, wetterbedingte Einspeiseschwankungen zu reagieren.

Andere Lösungen müssen her. Lichtblick will gemeinsam mit Volkswagen ein Netzwerk dezentraler Blockheizkraftwerke aufbauen. Dank intelligenter Steuerung kann der hier erzeugte Ökostrom flexibel erneuerbare Energien ergänzen. Bleibt Windstrom wegen Flaute aus, springen Kellerkraftwerke binnen sechzig Sekunden an. Ohne einen flexibleren Kraftwerkspark, der die regenerativen Energien intelligent ergänzt, wird die ökologische Energiewende nicht gelingen. Die Laufzeitverlängerung wird den überfälligen Umbau des Stromsystems auf Jahrzehnte behindern. Das wäre ein weiterer Lobbyerfolg einer mächtigen Industrie auf Kosten der erneuerbaren Energien, des Klimaschutzes und des Wettbewerbs.

*Gero Lücking ist im Vorstand der Lichtblick AG für Energiewirtschaft zuständig. Lichtblick ist ein Ökostromanbieter und sieht sich als Alternativenanbieter zur Atomkraft.*